
PRESSEMITTEILUNG, 16.05.2024

Urteil des Oberverwaltungsgerichts bestätigt Einstufung der AfD als "Verdachtsfall": Stellungnahme des LAKA Baden-Württemberg

Der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA) kommentiert das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen vom 13.05.2024, das die Einstufung der Alternative für Deutschland (AfD) als "Verdachtsfall" durch den Verfassungsschutz für rechtens erklärt hat.

Als legitimierter Ansprechpartner für die Landesregierung und den Landtag von Baden-Württemberg in integrations- und migrationsspezifischen Angelegenheiten macht der LAKA darauf aufmerksam, dass die Einstufung der AfD als "Verdachtsfall" aufgrund hinreichender tatsächlicher Anhaltspunkte erfolgte. Dies bedeutet, dass die AfD Bestrebungen verfolgt, die gegen die Menschenwürde bestimmter Personengruppen sowie gegen das Demokratieprinzip gerichtet sind.

Der LAKA betont die Wichtigkeit, die demokratischen Grundwerte und die Menschenrechte, die in unserer Verfassung verankert sind, zu schützen und zu verteidigen. Eine Politik, die Diskriminierung und Ausgrenzung fördert, steht im Widerspruch zu diesen Grundprinzipien unserer Gesellschaft.

Der LAKA und seine Mitglieder setzen sich nachdrücklich für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft ein, in der jeder Mensch unabhängig von Herkunft, Religion oder Hautfarbe respektiert wird und sich beteiligen kann. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts unterstreicht die Dringlichkeit, extremistischen Tendenzen entschlossen entgegenzutreten und die demokratischen Grundwerte zu verteidigen.

Alle Einwohnerinnen und Einwohner sind jetzt aufgerufen, sich aktiv für eine demokratische und inklusive Gesellschaft einzusetzen und extremistischen Strömungen entschieden entgegenzutreten.

Der LAKA wird weiterhin engagiert daran arbeiten, die Interessen und Rechte aller Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg zu vertreten und eine Kultur des Respekts und der Solidarität zu fördern und ruft alle Wahlberechtigten auf am 09. Juni an den anstehenden Wahlen demokratische Parteien zu unterstützen, egal ob bei der Kommunal-, Kreistags, Regional- oder Europawahl!

Hintergrundinformationen:

Der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA BW) ist als Zusammenschluss der kommunalen Migrantenvertretungen das Vertretungsorgan der Bevölkerung Baden-Württembergs mit Migrationsgeschichte und arbeitet parteiübergreifend, überethnisch und überkonfessionell. Er ist legitimierter Ansprechpartner der Landesregierung (PartIntG BW § 10), des Landtages, aller relevanten Organisationen auf Landesebene, vergleichbarer Migrantengremien in anderen Bundesländern und dem Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI).

Er setzt sich seit seiner Gründung 1998 auf politischer Ebene für die konstruktive Zusammenarbeit und Verständigung zwischen baden-württembergischen Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Herkunft ein. Wichtige Forderungen des LAKA BW sind das kommunale Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs sowie die Einführung des herkunftssprachlichen Unterrichtes unter staatlicher Aufsicht an den Schulen in Baden-Württemberg.